

Machtdemonstration im Mittelmeer

FRAGEN UND ANTWORTEN Türkei befeuert Streit um Erdgasvorkommen

VON MAXIMILIAN BEER

Ankara/Nikosia – Es geht um Geld, Macht und Unabhängigkeit: Im Streit um die Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer verfolgt Recep Tayyip Erdogan mehrere Ziele. Der türkische Präsident setzt auf Konfrontation. Dazu Fragen und Antworten.

Worum geht es im Erdgasstreit?

In dem Konflikt steht die Türkei Griechenland, Zypern, Israel und Ägypten gegenüber. Die Kontrahenten Ankaras planen, die Felder im östlichen Mittelmeer auszubeuten und das Gas über eine Pipeline nach Europa zu befördern. Die Türkei ist von den Plänen ausgeschlossen – will aber auch von den Vorkommen profitieren. Also lässt sie eigene Erkundungs- und Bohrschiffe vor der Küste Zyperns nach Gas suchen, flankiert von der Marine. Ende 2019 wurde bekannt, dass die türkische Marine ein Forschungsschiff Israels aus den Gewässern vertrieben hat.

Wie ist die rechtliche Lage?

Kompliziert. Laut Seerecht der Vereinten Nationen (UN) haben Küstenländer eine Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ). Sie legt fest, dass ein Staat ab seiner Küste über 200 Seemeilen hinweg das alleinige Recht zur wirtschaftlichen Ausbeutung hat. Liegen sich die Küsten zweier Länder näher, gilt die Mittellinie.

Während Griechenland, Zypern, Israel und Ägypten ihre AWZ voneinander abgegrenzt haben, hat die Türkei das Seerechtsabkommen der UN nie unterzeichnet. Ankara fühlt sich folglich nicht an die Absprachen gebunden und verletzt die AWZ Zyperns. Die Türkei beruft sich auf die Küstenlinie ihrer Festlandmasse, während Zypern lediglich eine Insel und kein eigener Staat sei und folglich keine AWZ haben könne.

Welche Rolle spielt der Zypern-Konflikt?

Seit 1974 ist der Norden der Insel von der Türkei besetzt, während der Süden von der Republik Zypern kontrolliert wird. Seit 2004 ist die gesam-



Das Bohrschiff „Yavuz“ im türkischen Dilovasi: Die Türkei verletzt mit ihren Erkundungsfahrten die Wirtschaftszone Zyperns. Die EU hat bereits Sanktionen verhängt – doch Ankara lässt sich nicht beeindrucken. FOTO: LEFERIS PITARAKIS/AP/DPA

te Insel EU-Mitglied – die Türkische Republik Nordzypern jedoch wird nur von der Türkei anerkannt. Die faktische Teilung der Insel ist von Bedeutung, weil Erdogan die türkischen Zypern an der Ausbeutung der Gasvorkommen beteiligt sehen will.

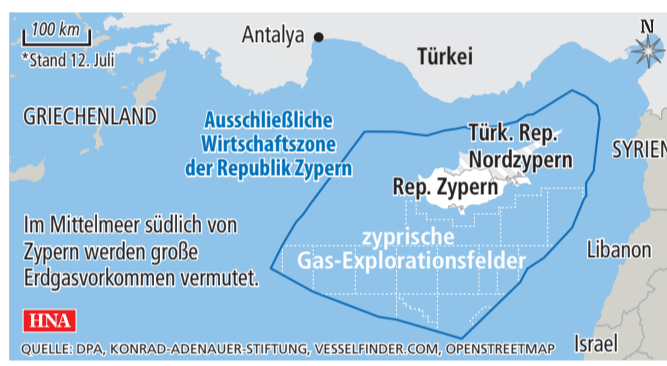
Wie groß sind die Gasvorkommen vor Zypern?

Laut Deutscher Presse-Agentur könnte das Erdgasvorkommen südlich von Zypern rund 227 Milliarden Kubikmeter umfassen und Gewinne von mehr als 40 Milliarden Euro generieren. Zypern hat Konzessionen an Energiekonzerne wie Shell und Total vergeben.

Welche Ziele verfolgt Erdogan in dem Konflikt?

Trotz Kritik setzt Ankara die Erkundungsfahrten fort. Angesichts fallender Gaspreise sind Erdogans Ziele laut Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik jedoch vor allem geo- und machtpolitischer Natur. Zwar seien die Vorkommen nach wie vor relevant für das Land, weil es in das Fördergeschäft einsteigen wolle. „Noch mehr geht es aber wohl um die Vision einer Türkei, die kein Anhängsel von Europa mehr ist,

ERDGASSTREIT IM MITTELMEER



sondern die sich zunehmend gegen Europa positioniert.“ So definieren sich die Türkei zunehmend als Land mit einer starken imperialen und muslimischen Tradition, wozu auch eine konfrontative Politik gegenüber Europa und den USA gehöre.

Weiterhin, so Seufert, bestimmen auch innenpolitische Entwicklungen den außenpolitischen Kurs. Seit gut zehn Jahren sei ein Verfall der Wählerbasis Erdogans und seiner Partei AKP zu beobachten. „Zu diesem Trend der Schwäche passt die Suche nach Feinden, gegen die man die Nation zusammenschweißen kann.“ Dazu gehörten neben den Kurden auch EU-Staaten wie Zypern und Griechenland.

Wie reagiert die EU?

Im Sommer 2019 hat die EU erstmals wegen der Bohrungen Sanktionen gegen die Türkei verhängt. Gelder wurden gekürzt und Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen ausgesetzt. Im Februar 2020 wurde bekannt, dass die EU zwei Personen, die an den Bohrungen beteiligt gewesen sein sollen, mit Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt hat.

Trotzdem, so Günter Seufert, agiere die EU zahnlos. Dadurch, dass die Beitrittsverhandlungen der Türkei auf Eis liegen, habe das Bündnis sein stärkstes Mittel des Einflusses auf die Türkei verloren. Nicht zuletzt nutzt Erdogan auch in diesem Konflikt das gemeinsame Flücht-

lingsabkommen als Druckmittel. Aktuell droht die EU wieder mit Strafen und hat einen rechtlichen Rahmen für weitere Sanktionen geschaffen. Die Frage ist, wie realistisch diese während der Ratspräsidentschaft Deutschlands sind, das wirtschaftlich eng mit der Türkei verbunden ist.

Wie geht es weiter im Erdgasstreit?

Seit Dienstag bewegen sich türkische Kriegsschiffe in der Ägäis sowie südlich der griechischen Inseln Rhodos und Kreta. Die Türkei hat mit der libyschen Einheitsregierung, die sie in dem Bürgerkriegsland unterstützt, Ende 2019 ein eigenes See-Abkommen abgeschlossen. Dieses erstreckt sich auch auf Gebiete, die von Griechenland beansprucht werden.

„Athen ist in Panik“, sagt Günter Seufert. Während Zypern der Türkei nicht viel entgegenzusetzen habe, sei Griechenland in die Strukturen der Nato eingebunden. Die Regierung habe ihre Armee in Bereitschaft versetzt. Am Mittwochabend berichtete die Nachrichtenagentur apf, dass die griechische Marine Schiffe in die Ägäis geschickt habe.

KOPF DES TAGES



Im Irak entführt: die Kuratorin Hella Mewis (49).

FOTO: AFP PHOTO / IRAQI ART COLLECTIVE TARIKIB

Künstlerin mit gefährlichem Arbeitsort

„Bagdad Walk“ heißt eines der vielen Projekte, mit der Hella Mewis in der irakischen Hauptstadt den kulturellen Dialog von morgen anstoßen will. Junge Künstler stellen dabei während eines Rundgangs an verschiedenen Orten ihre Arbeiten vor und verknüpfen sie mit persönlichen und historischen Erzählungen. Eine auch politisch gefärbte Wanderausstellung, um die komplexe Geschichte Bagdads künstlerisch aufzuarbeiten – so sieht es die von Mewis mit ausgearbeitete Choreographie vor.

Kollegen, Aktivisten und Freunde loben Werk und Wirken der in Bagdad lebenden Deutschen, die in Berlin geboren wurde und seit rund zehn Jahren Kunst- und Kulturprojekte im Irak anstößt oder daran mitwirkt. Nun könnte Mewis Opfer der politischen und konfessionellen Spannung des Landes geworden sein. Unbekannte entführten sie am Montagabend im Stadtteil Abu Nawas im Zentrum Bagdads unweit des Kulturinstituts Bait Tarkib, an dessen Aufbau sie seit einigen Jahren arbeitete. Sicherheitskräfte fahnden nach ihr, der irakische Innenminister Othman Al-Ghanmi fordert „verstärkte Bemühungen bei der Suche“.

Für die deutsche Staatsbürgerin, die sich nach Worten ihrer Bekannten mit dem Selbstverständnis einer Irakerin durch Bagdad bewegt, müssen es Minuten des Grauens gewesen sein. Einige bewaffnete Männer in zwei Autos hätten sie auf der Straße in ihre Gewalt gebracht, sagt ihre Freundin Sirka Sarsam der Deutschen Presse-Agentur am Dienstag. Die Gegend in der Nähe des Flusses Tigris gilt eigentlich als vergleichsweise sicher. Nicht weit von hier liegen etwa die französische Botschaft und verschiedene Gebäude der irakischen Regierung, auch Straßencafés und Hotels.

Die knapp 50 Jahre alte Mewis machte sich die Förderung junger Künstler im Irak zur Herzensangelegenheit. Durch Bait Tarkib, durch Festivals für Theater und Film. Sie gilt als gut vernetzt, hat im ganzen Land Kontakte zu Künstlern, Intellektuellen und in die Politik. „Natürlich sind einige in der irakischen Gesellschaft konservativ“, sagte sie dem US-Fernsehsender PBS im vergangenen Jahr. „Aber einige von ihnen haben schlicht Angst, etwas zu verändern.“

dpa

China und USA in der Eskalationsspirale

Chinesisches Konsulat in Houston geschlossen – Vergeltung Pekings ist Frage der Zeit

VON FABIAN KRETSCHMER

Peking – Die angespannten Beziehungen zwischen den USA und China verschärfen sich: Zunächst beschuldigte Washington am Dienstag zwei chinesische Hacker, im Auftrag des Geheimdienstes Daten von US-Firmen über die Covid-Impfstoffsuche im Visier gehabt zu haben. Nur wenige Stunden später schließlich ordnete die amerikanische Regierung an, das chinesische Generalkonsulat innerhalb von 72 Stunden zu schließen.

Indirekt besteht ein Zusammenhang zwischen den Vorfällen, denn in der Begründung des US-Außenministeriums wirft es Peking Spionage vor: „Wir haben die Schließung des Generalkonsulats in Houston veranlasst, um



Donald Trump
Präsident der USA

geistiges Eigentum und Privatinformationen Amerikas zu schützen“. Man toleriere nicht Chinas Verletzungen gegen die Souveränität der USA. Beweise legte Washington keine vor.

Die chinesische Regierung zeigte sich entsetzt. Ein Sprecher des Außenministeriums sprach von einer „politischen Provokation“, die „einseitig“ von den USA initiiert worden sei. Die Vorwürfe sind weitreichend: Mehrfach sollen

chinesische Diplomaten drangsaliert worden sein, aufgrund der öffentlichen Stigmatisierung durch die US-Regierung habe man auch Bombendrohungen erhalten.

Zudem hätten die USA wiederholt Diplomatenpost Chinas geöffnet und teils konfisziert. Zu der Schließung heißt es: „China fordert die USA nachdrücklich auf, ihre fehlerhafte Entscheidung unverzüglich aufzuheben“. Ansonsten werde man „legitime und notwendige Maßnahmen ergreifen“.

Wie die Vergeltung aussehen könnte, liegt nahe. In Bezug auf frühere Eskalationen von Trump hat Präsident Xi Jinping stets nach dem Prinzip „Auge um Auge“ gehandelt – etwa bei den Ausweisungen von Korrespondenten. Von daher gehen Beob-



Xi Jinping
Staatspräsident von China

achter davon aus, dass China ein US-Konsulat schließen wird. Womöglich fällt die Wahl auf das in Wuhan, das im Februar im Zuge des Coronavirus-Ausbruchs evakuiert wurde und nicht besetzt ist.

Trump konfrontiert China in Kalter-Krieg-Manier: Zuletzt drohte er mit einem Einreiseverbot für sämtliche Mitglieder der Kommunistischen Partei und ihrer Familien. Seit Normalisierung der diplomatischen Beziehungen

zwischen den zwei Ländern 1979 hat China fünf Konsulate in den Vereinigten Staaten gegründet, die Mission in Houston ist die älteste. Ihr kommt dieser Tage eine besondere Rolle zu: Texas ist einer der Bundesstaaten in den USA, die am stärksten von der Corona-Pandemie betroffen sind. Die dort lebende chinesische Diaspora muss nun auf Konsulardienste in über tausend Kilometer entfernte Städte ausweichen.

Noch am Dienstagabend haben lokale Fernsehsender berichtet, dass auf dem Hof des chinesischen Konsulats schwarze Rauchfahnen aufsteigen. Laut den Bildaufnahmen haben Mitarbeiter stapelweise Akten verbrannt – offensichtlich, um sensible Daten zu vernichten. FOTO: EVAN VUCCIA/AP/DPA/AFP PHOTO / NICOLAS ASFOURI